

Posener Tageblatt



Bezugspreis: In der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen monatlich 4.— zL mit Zustellgeld in Polen 4.40 zL, in der Provinz 4.30 zL. Bei Postbezug monatlich 4.40 zL, vierteljährlich 13.10 zL. Unter Streifenband in Polen und Danzig monatlich 6.— zL, Deutschland und übriges Ausland 2.50 Rml. Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zuschriften sind an die Schriftleitung des „Posener Tageblattes“, Poznań, Aleja Marja, Pilsudskiego 25, zu richten. — Telegrammanschrift: Tageblatt Poznań. Postfachkonten: Poznań Nr. 200 283, Breslau Nr. 6184. (Konto.-Zug.: Concordia Sp. Mc.). Fernsprecher 6105, 6275.

Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Millimeterzeile 15 gr, Textzeile-Millimeterzeile (68 mm breit) 75 gr. Platzvorschrift und schwieriger Satz 50 % Aufschlag. Offertengebühr 50 Groschen. Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Keine Gewähr für die Aufnahme an bestimmten Tagen und Plätzen. — Keine Haftung für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Posener Tageblatt, Anzeigen-Abteilung, Poznań 3, Aleja Marja, Pilsudskiego 25. — Postfachkonto in Polen: Concordia Sp. Mc. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Poznań Nr. 200 283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184. Gerichts- und Erfüllungsort auch für Zahlungen Poznań. — Fernsprecher 6275, 6105.

77. Jahrgang

Poznań (Posen), Freitag, 8. Juli 1938

Nr. 152

An den Fremder!

Breuel-Fabrikant „JAC“

Der „J. A. C.“ verbreitet: Bei einer Veranstaltung im Danziger Theater anlässlich der Anwesenheit von Reichsminister Dr. Goebbels sei der Generalkommissar Chodacki nicht zugelassen worden, obwohl er sich als diplomatischer Vertreter legitimierte. Der standesmäßige Vorfall, so schreibt der „J. A. C.“, hätte eine Intervention auf diplomatischem Gebiet nach sich gezogen. Um diesen für die Danziger Behörden so unangenehmen Vorfall beizulegen, habe Gauleiter Forster sich entschlossen, Minister Chodacki persönlich um Entschuldigung zu bitten. Der Generalkommissar habe den Gauleiter jedoch nicht empfangen, was angesichts des unerhörten Affronts, der dem Minister durch die Danziger Polizei widerfahren sei, verständlich sei. Auch das Fehlen einer polnischen Mannschaft bei den Pferderennen sowie bei dem internationalen Weltschwimmen in Zoppot stehe in Zusammenhang mit diesem Vorfall.

Diese „J. A. C.“-Darstellung ist die Beantwärtung dafür, daß die Polnische Telegraphen-Agentur in einer Meldung aus Danzig erklärt, die Darstellung, der Vertreter der polnischen Behörden sei zu einer offiziellen Feier der Nationalsozialisten in Danzig nicht zugelassen worden, entspricht, wie man aus glaubwürdiger Quelle erfährt, nicht der Wahrheit. Tatsächlich sei das Auto des Generalkommissars bei der Einfahrt auf gewisse Schwierigkeiten von Seiten der Vollzugsorgane gestoßen; hinterher hätten jedoch die Danziger Behörden wie die Leitung der NSDAP erschöpfende Aufklärung gegeben und ihr Bedauern ausgedrückt.

Wie wir dazu erfahren, hat der Vorfall sich so abgepielt, daß der Generalkommissar verspätet eintraf, zu einem Zeitpunkt, da generell keine Autos mehr durch die Abperrungslette durchgelassen wurden. Selbstverständlich wurde dem Generalkommissar persönlich der Zutritt zum Theater nicht verweigert. Gleichwohl haben die Danziger Behörden es für angebracht gehalten, hinterher dem Generalkommissar ihr Bedauern darüber auszudrücken, daß er nur wegen der Vorfahrt des Autos Schwierigkeiten hatte. Minister Chodacki hat dieses Bedauern in der höflichsten Form zur Kenntnis genommen.

Der an sich so nebensächliche Vorfall ist jedoch kennzeichnend für eine gewisse Methode, mit der eine bestimmte Presse in ihrer deutschfeindlichen Agitation arbeitet. Der „J. A. C.“ scheute sich nicht, läugerische Behauptungen aufzustellen und sie als Sensation in die Welt hinauszuposaunen. Er hatte damit den Erfolg, daß selbstverständlich die Oppositionspresse seine Mitteilungen aufgriff und wörtlich als „eigene Meldung“ aus Danzig nachdruckte. Außerdem haben auch ausländische Blätter mit großer Freude von der „J. A. C.“-Darstellung Gebrauch gemacht. Sie müssen sich in diesem Falle sogar ein Dementi von offizieller polnischer Seite gefallen lassen, was sie allerdings nicht daran hindert, ihre Methoden bei nächster Gelegenheit wieder anzuwenden.

Noch eine Schulschließung

Liquidierung der letzten öffentlichen Minderheitsschule in den Kattowitzer Vororten
Die Serie der Auflösung deutscher Volksschulen wird um einen neuen Fall bereichert. Wie der in Chorzow erscheinende „Oberschlesische Kurier“ erfährt, wird die öffentliche Minderheitsschule in Kattowitz-Jalenze, die bisher von etwa 200 deutschen Schülern besucht wurde, zum Beginn des neuen Schuljahres nicht mehr eröffnet werden. Somit wird die letzte Minderheitsschule in den Vororten von Kattowitz aufgelöst, und die Kinder werden einen weiten Schulweg zurückzulegen haben.

Über 500 000 Chinesen gefallen

Die Menschenverluste im China-Konflikt — Ein Gebiet von 1 249 000 km² mit 130 000 000 Einwohner von den Japanern besetzt — Riesige Kriegsbeute

Tokio, 7. Juli. Eine japanische Zusammenstellung gibt die chinesischen Verluste seit Ausbruch des China-Konfliktes mit 1 300 000 an, wobei die Zahl der Toten auf über 500 000 geschätzt wird. Nach derselben Quelle hatte Japan nur rund 37 000 Tote zu verzeichnen. Die besetzte Zone in China umfaßt 1 249 000 Qua-

dratkilometer, also die dreifache Ausdehnung ganz Japans. Die besetzten Gebiete haben rund 130 000 000 Einwohner.

Die japanischen Truppen haben in China in der Zeit vom 7. Juli 1937 bis 30. Juni 1938 u. a. folgende Mengen von Kriegsmaterial erbeutet:

Rund 180 000 Gewehre, 6685 leichte und 2878 schwere Maschinengewehre, 11 950 chinesische Schwerter, 486 leichte und 218 schwere Geschütze, 77 Flakgeschütze, 13 Panzerabwehrgeschütze, 275 Panzerwagen, 8 Panzerzüge, 6 drahtlose Stationen, über 13 Millionen Stück Gewehrmunition, über 2 Millionen Handgranaten, fast zweieinhalb Millionen Stück Granaten und 2000 Gasmasken.

Am Jahrestage des Konfliktsausbruches

Attentatsserie in Schanghai
Schanghai, 7. Juli. Am Jahrestag der chinesisch-japanischen Feindseligkeiten betätigten sich in der internationalen Niederlassung Schanghai's chinesische Terroristen gegen japanfreundliche Chinesen sowie japanische Zivilisten und Militärposten. Schon bis 10 Uhr morgens ereigneten sich etwa 15 Attentate.

Die ersten beiden Bomben wurden gegen 5 Uhr morgens am Bund geworfen. Kurz darauf zogen japanische Soldaten in die internationale Niederlassung ein und sperrten sie ab. Gegenüber den japanischen Abperrungen bezogen schottische Hochländer Stellungen. Zwei japanische Zivilisten — der eine befand sich auf einem Fahrrad unterwegs, der andere in einer Kiffschä — wurden durch Pistolenkugeln ermordet. Ein Bombenanschlag gegen japanische

Posten in der Zehfeld-Strasse schlug fehl, jedoch erschossen die angegriffenen Soldaten zwei Chinesen.

Weitere Bombenanschläge ereigneten sich vor der Yokohama-Specie-Bank, vor der Taiwan-Bank und am Warenhaus Whiteaway in der Nanjing-Strasse sowie auf einer Brücke, die über den Sutshaubach führt.

Die internationale Garnison befindet sich im Alarmzustand. Starke Patrouillen durchziehen die Straßen. Sämtliche bisher erfolgten Bombenanschläge ereigneten sich innerhalb der Internationalen Niederlassung.

Piratenüberfall auf britisches Schiff

Nach einem Bericht aus Schanghai haben chinesische Piraten ein britisches Schiff mit Namen „Tang Tah“ überfallen. Mehrere Personen seien durch Maschinengewehrfeuer verletzt worden. Den Angreifern sei Bargeld in Höhe von 400 Pfund in die Hände gefallen.

Kompromißloser Kampf

Die führenden Männer Japans zum Jahrestag des Kriegsausbruches mit China

Der Kaiser:

Tokio, 7. Juli. In einer soeben erlassenen Botschaft des Kaisers von Japan wird der Dank für die Haltung und Leistungen der japanischen Wehrmacht ausgesprochen. In diesem Schreiben heißt es u. a.: „Es ist hoffnungslos, einen längeren Frieden im Fernen Osten zu erreichen, so lange nicht die alten Uebelstände beseitigt sind. Die Herstellung einer engen Zusammenarbeit zwischen Japan und China zum Wohlergehen beider Völker wird auch der Aufrechterhaltung des Weltfriedens dienen.“ Weiter wird in der Botschaft der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das gesamte Volk gemeinsam alle Beschwerden ertrage und Volk und Regierung in Pflichterfüllung zusammenstehen werden.

Der Ministerpräsident:

Ministerpräsident Fürst Konoye gab vor der japanischen Presse wichtige Erklärungen zur Lage ab, in denen er zunächst betonte:

„Jetzt wird unsere einmal beschlossene Haltung nicht mehr geändert werden, bis wir unsere Ziele erreicht haben. Welche Lage sich auch immer ergeben wird, wir werden unermüdet vorwärtsgehen!“

Zu den Gerüchten über Vermittlungsversuche dritter Mächte erklärte Fürst Konoye, daß diese Versuche grundsätzlich nichts an dem japanischen Entschluß ändern könnten, nur direkt mit China zu verhandeln.

Auf die Frage, ob irgendeine Möglichkeit durch Vermittlung einer dritten Macht zu einem Frieden mit der Tschiangkai-schei-Regierung zu gelangen, bestimme, antwortete Fürst Konoye kurz mit: „Nein!“

Zur Haltung der dritten Mächte bemerkte Fürst Konoye, daß Japan sich jetzt mit diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln die dritten Mächte zu überreden bemühe, ihre Unterstützung Tschiangkai-scheis aufzugeben. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Lage könne man mit einem besseren Verständnis der japanischen Politik rechnen, wodurch sich die Haltung Englands, Frankreichs und Amerikas Japan gegenüber ändern werde. Fürst Konoye äußerte seine Überzeugung, daß es nicht zu einer Einmischung Englands, Frankreichs oder anderer Mächte komme. Japans Nationalkraft könne nicht



Ein Jahr chinesisch-japanischer Krieg
Heute jährt sich der Tag, an dem in der Nähe von Peking an der Marco-Polo-Brücke die ersten Schüsse fielen und damit der chinesisch-japanische Krieg eingeleitet wurde. Die schräggestrichelte Fläche unserer Karte zeigt das Gebiet, das die Japaner bisher militärisch besetzen konnten.

Bemerkungen zur Tagespolitik

Schäden überspitzter Nationalitätenpolitik

Brasilians Wirtschaftsleben leidet unter den Auswirkungen der Verfolgungswelle

Die deutsche Presse veröffentlicht ausführliche Berichte über die Folgen des neuen Kurses der brasilianischen Staatspolitik, die bekanntlich im Zeichen einer planmäßigen Nationalisierung und einer Zurückdrängung der Positionen fremder Nationalitäten steht. Diese Berichte haben insofern besondere aktuelle Bedeutung erlangt, als ihrer Veröffentlichung unmittelbar die Nachricht von dem Rücktritt des brasilianischen Außenministers Aranha gefolgt ist, der als der maßgeblichste Exponent des neuen brasilianischen Kurses bezeichnet wird.

Die wichtigsten Merkmale der brasilianischen Nationalisierungspolitik waren die Bestimmungen, daß alle Unternehmungen mindestens zwei Drittel Brasilianer beschäftigen müßten, die Gesetzgebung über die Betätigung von Verbänden und Organisationen fremder Nationalitäten sowie das Schulgesetz, wodurch die Aufrechterhaltung von Schulen auf der Grundlage fremden Volkstums außerordentlich erschwert wurde. Die Motive, die hinter dieser Gesetzgebung standen, wurden durch eine vorübergehende Verhaftungswelle zahlreicher Angehöriger fremder Nationalitäten besonders deutlich unterstrichen. Parallel zu dieser Innenpolitik ging ein außenpolitischer Kurs auf der Grundlage der panamerikanischen Idee, der Brasilien in engste Nachbarschaft zu den Vereinigten Staaten brachte.

Den deutschen Presseveröffentlichungen ist nun zu entnehmen, daß diese Nationalisierungspoli-

tit das Wirtschaftsleben Brasiliens außerordentlich geschädigt hat. Die zwei Drittel-Bestimmung hat dazu geführt, daß zahlreiche Betriebe wegen des Mangels an geeigneten Arbeitskräften schließen mußten. Besonders fehlen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Die den Nationalitäten feindlich gesinnte Innenpolitik hat ferner zu einer umfangreichen Abwanderung geführt. Allein in Rio Grande do Sul sind bis zum Herbst d. J. sieben-tausend Schiffspassagen für Deutsche und 10 000 für Italiener belegt, die in die Heimat zurückwandern. Die polnischen Siedlungen bereiten die geschlossene Abwanderung nach Bolivien vor. Argentinien und Paraguay haben bereits zahlreiche abgewanderte Siedler aufgenommen. Die Haltung dieser südamerikanischen Staaten zeigt, daß sie ihr eigenes nationales Interesse anders einschätzen als Brasilien, sich nicht die Gelegenheit nehmen lassen, wertvolle Arbeitskräfte zu erhalten und sich keineswegs aus panamerikanischen Grund-sätzen zu einer Fremdenfeindlichkeit verleiten lassen.

Die deutschen Zeitungen vermeiden die Frage, ob diese Tatsachen bei dem Rücktritt des Außenministers Aranha mitgespielt haben, sie behandeln das Problem vielmehr in abwartendem Sinne. Die mitgeteilten Tatsachen selbst sind aber nach deutscher Auffassung ein bemerkenswertes Beispiel für die Schädlichkeit über-spitzter Nationalitätenpolitik.

mit der nach früheren Kriegen verglichen werden, und deshalb würden dritte Mächte keine unüberlegten Handlungen begehen.

Der Kriegsminister:

Kriegsminister General Itagaki erklärte in einer Massenversammlung, daß Japan nur einen Weg gehen könne: den, der zum Zusammenbruch des Tschiangkaischeh-Regimes führe.

Der Außenminister:

Nach dem Kriegsminister ergriff der Außenminister, General Ugaki, das Wort.

Er klagte die chinesische Regierung an, daß sie mit kommunistischen Elementen paktiere. Dann sagte er wörtlich: Wie im Januar verkündet, hat die japanische Regierung beschlossen, mit Tschiangkaischeh nicht mehr zu verhandeln oder sich mit ihm zu befehlen.

Zurückhaltung in Rom

Zweifel an der praktischen Auswirkung des Freiwilligen-Planes Mit Sicherheit auf weitere Sabotage Moskaus zu rechnen

London, 7. Juli. Der Wortlaut des britischen Planes für die Räumung der Freiwilligen in Spanien ist, wie an zuständiger Stelle bestätigt wird, noch am Mittwoch an beide Parteien in Spanien abgeleant worden. Sobald Barcelona und Burgos den Eingang bestätigt haben, wird der britische Plan in Form eines Weißbuchs in London veröffentlicht werden.

Bedingungen für einen „substanziellen“ Rückzug dürften jedoch erst zu Beginn des Monats September gegeben sein. Der „Temp“ verweist darauf, welche Entwicklung die militärische Lage infolge der augenblicklichen kraftvollen Offensive General Francos bis zu diesem Zeitpunkt nehmen könne.

Keine Auslieferung des spanischen Goldes

Das Urteil des Pariser Appellationsgerichtes

Paris, 6. Juli. In der Frage des spanischen Golddepots, das seit 1931 in den Tresors der Bank von Frankreich hinterlegt ist, fällt das Pariser Appellationsgericht am Mittwoch das gleiche Urteil wie das erstinstanzliche Gericht am 13. April d. J.

die Stadt vor der Uebergabe dem Erzbischofen gleichzumachen. Dieser Plan scheiterte aber infolge des schnellen Vorrückens der nationalspanischen Truppen.

Furchtbar sind die Greuel, die die Bolschewisten in der Stadt verübt haben. Während ihres Terrorregiments sind über 300 Einwohner der Stadt auf grauenhafte Weise ermordet worden. So wurde ein Priester hinter einem Wagen durch die Stadt geschleift, ihm danach die Augen ausgestochen und er schließlich durch Messerstiche getötet.

Unaufhaltsamer Vormarsch

Bilbao, 7. Juli. An der Castellon-Front setzten die nationalspanischen Truppen am Mittwoch ihren Vormarsch in einer Frontbreite von 150 Kilometer fort.

Im Teruel-Abschnitt umzingelten die Truppen Barelas links und rechts von der Hauptstraße Teruel-Cuenca die starren roten Stellungen von Villastar. Im Abschnitt von Puebla Valverde rücken die nationalen Truppen ins Javalambre-Gebirge vor, auf dessen Stellungen die Bolschewisten große Hoffnungen setzen.

Im Küstenabschnitt stießen die Truppen des Generals Aranda von Burriana aus südwärts vor und überschritten den Nulesfluß. Am Mittwoch mittag war die Stadt Nules von nationalen Streitkräften umklammert.

Die Verluste des Feindes sind außerordentlich schwer und belaufen sich allein in den letzten drei Tagen auf mehrere Tausend Tote und Verwundete sowie 1300 Gefangene.

Die nationalen Flieger bombardierten mit großem Erfolg die Waffen- und Munitionsfabrik Badalona (Provinz Barcelona).

Kommunistische Offensive gegen das Nationalitätenstatut

„Kurier Czerwony“: Prag treibt ein gefährliches Spiel

Bericht unseres Warschauer Korrespondenten

Warschau, 7. Juli. In den nächsten Tagen wird wie „AIG“ meldet, von Ministerpräsident Sodja eine Abordnung der kommunistischen Partei der Tschechoslowakei empfangen werden. Die kommunistische Abordnung wird aus sechs Mitgliedern bestehen, die Vertreter der einzelnen Ortsgruppen der Tschechoslowakei sind. Gemäß den Instruktionen des Vollzugs Komitees der Kommintern wird die Abordnung eine Denkschrift vorlegen mit der Forderung der Aufhebung des geplanten Nationalitäten-Statuts.

schüre, die auch eine europäische Nationalitätenkarte bringt, behauptet der „Goniec“, daß von deutscher Seite der Versuch gemacht werden würde, auch Polen für einen Nationalitätenstaat, schlimmer als die Tschechoslowakei, zu erklären.

Diese Ausführungen scheinen deutlich von tschechischer Seite inspiriert zu sein, die schon öfter auf die Goniec-Redaktion Einfluß genommen hat.

Der „Kurjer Poranny“ wendet sich in einer Besprechung der Schuleinschreibungen im Teschener Gebiet dagegen, daß auch von jüdisch-deutscher Seite in diesem Gebiet Propaganda betrieben werde.

Verwunderlicher Ton des „Kurjer Poranny“

Der „Kurjer Poranny“ erwähnt, daß der Teschener „Dziennik Polski“ sich gegen die Gerüchte wandle, daß die Deutschen das Teschener Schlesien an sich nehmen wollten. Deutschland weiß gut, wie stark und tief diese Erde mit dem Polentum verbunden ist.

Es ist mehr als verwunderlich derartige Ausführungen in einem polnischen Blatte in der Tschechoslowakei zu finden; und als noch erstaunlicher sie in einem Warschauer Regierungsblatt nachgedruckt zu finden.

Zu der Taktik, die gegenwärtig von der Prager Regierung angewandt wird, sagt der „Kurier Czerwony“, daß Prag ein gefährliches Spiel treibe. Es näherte sich der Augenblick, wo man die Karten auf den Tisch legen und die Dinge offen betrachten müßte.

„Goniec“ spürt für Prag

Im Gegensatz zum „Kurier Czerwony“ bemerkt der „Goniec“, die jüdisch-deutsche Politik zu verdächtigen. Unter Hinweis auf eine von jüdisch-deutscher Seite in französischer Sprache herausgegebene Propaganda-Propaganda-Broschüre, die auch eine europäische Nationalitätenkarte bringt, behauptet der „Goniec“, daß von deutscher Seite der Versuch gemacht werden würde, auch Polen für einen Nationalitätenstaat, schlimmer als die Tschechoslowakei, zu erklären.

Die Parteien rüsten

Beginn der Wahlvorbereitungen — Die gestrige Sejmung

Warschau, 7. Juli. (Eigener Bericht.) Der Sejm hielt am Mittwoch eine lange Sitzung ab, die der Umwandlung des Instituts für physische Erziehung in Bielez in eine akademische Hochschule für Leibesübungen sowie den Gesetzen über die Landesverwaltung und über die ärztliche Praxis gewidmet war.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sejmung stehen Gesetze über die Selbstverwaltung. Am Freitag wird sich der Sejm noch einmal ver sammeln, um die restlichen Vorlagen zu erledigen. Außerdem ist nur noch eine Sejmung am Ende der Session vorgesehen, in der die Änderungen zu beraten sind, die gegebenenfalls der Senat an den Vorlagen vornehmen wird.

Der Senat der Warschauer Universität hat im Zusammenhang mit der bevorstehenden Umwandlung des Instituts für physische Erziehung in Bielez in eine Hochschule und Schaffung neuer medizinischer Abteilungen in Lodz, Lublin und Kattowitz eine Denkschrift verfaßt, in der er sein Bedauern darüber ausdrückt, daß diesmal auf die Mitarbeit der schon bestehenden Hochschulen verzichtet wurde.

In parlamentarischen Kreisen bestehen Zweifel darüber, ob überhaupt noch irgendwelche Veränderungen bei den Sejmberatungen erfolgen. Im Lande bereitet man sich bereits auf die Wahlen für die Gemeinden vor. Die WPS hat für den 12. eine Organisationskonferenz nach Warschau einberufen. Es steht fest, daß die WPS, ebenso wie die übrigen Oppositionsgruppen, sich trotz Kritik an den Wahlgesetzen an den Wahlen beteiligen werden.

Rumänische Gefängnisleiter amtsenthoben

Sie gewählten Codreanu-Anhängern erleichterten

Bukarest, 7. Juli. Der Justizminister hat die Verwalter und einige weitere Angehörige der Leitung der Strafankalten Ajud in Siebenbürgen und Dofstana bei Mofeschti ihrer Ämter entzogen. In der Begründung heißt es, daß die Gemahrgerechten einigen zu Zwangsarbeit oder Gefängnisstrafen Verurteilten un-katholische Erleichterungen gewährt hätten, so daß von einem Strafvollzug überhaupt nicht mehr gesprochen werden konnte.

Agenten in Burgos, Sir Robert Hodgson am seinen Posten zurückkehren zu lassen. Seine Zurückziehung komme nicht in Frage. Das Kabinett hat den Vorschlag Francos, Ameria zu einem geschützten Hafen zu erklären, eingehend geprüft. Obwohl es der Ansicht ist, daß dieser Vorschlag Francos wohlgemeint sei, so glaubt man jedoch in englischen Kreisen, daß dieser Vorschlag auf eine Reihe von Schwierigkeiten bei seiner Durchführung stoßen würde.

Die Londoner Antwort an Franco

Keine Zurückziehung des britischen Agenten London, 7. Juli. Wie verlautet, beschloß das britische Kabinett am Mittwoch, den britischen

Verdoppelung der ägyptischen Heeresstärke

Kairo, 7. Juli. Ein Bericht des Finanzausschusses der ägyptischen Kammer besagt, daß die Stärke des ägyptischen Heeres von 11.764 Mann im Jahre 1936 auf 16.819 Mann im Jahre 1937 stieg. Im neuen Haushaltsplan wird diese Ziffer auf 30.233 erhöht. Die Zahl der Offizierschüler stieg um 600.

Rückschlag in der Weltwirtschaft

Zu den bedeutsamsten Wirtschaftspublikationen Deutschlands und darüber hinaus der grossen Weltwirtschaftsländer gehört der Halbjahresbericht der halböffentlichen Deutschen Reichs-Kredit-Gesellschaft. Der Bericht über das erste Halbjahr 1938 ist soeben veröffentlicht worden.

Die Zusammenstellung der Indexzahlen für die industrielle Produktion der Welt zeigt zunächst die Fortdauer des Aufstiegs in Deutschland und Italien, den verhältnismässig geringen Rückgang in Grossbritannien und den scharfen Abstieg in Ländern wie Belgien, Tschechoslowakei, Frankreich und vor allem den Vereinigten Staaten von Amerika.

Einer der wichtigsten Gründe für die neue Wirtschaftskrise ist der Zusammenbruch der Rohstoffpreise an den Weltmärkten, für den der Bericht des deutschen Bankinstituts eindrucksvolle Zahlen liefert. In den 12 Monaten von April 1937 bis April 1938 sanken beispielsweise der Zuckerpreis um 22%, der Woll- und Kupferpreis um 34%, der Baumwoll- und Zinnpreis um 36%, der Kaffeepreis um 35%, der Zinkpreis um 47% und der Kautschukpreis sogar um 52%.

Das Schlusskapitel der interessanten Veröffentlichung beginnt mit einer Gegenüberstellung der grossen Entwicklungstendenzen während der letzten 30 Jahre. Auf zahlreichen Gebieten sind grosse Fortschritte erzielt worden. Bei einer grossen Zahl von Nahrungs- und Genussmitteln hat sich die Produktion im Jahresdurchschnitt 1931/35 gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1909/13 um hohe Prozentsätze, bei Baumwolle um 11%, bei Weizen um 22% und bei Rohrzucker um 60% gesteigert.

Bilanz der Bank Polski in der 3. Junidekade

In der 3. Junidekade vergrösserte sich der Goldbestand der Bank Polski um 0.4 Mill. Zl auf 446.2 Mill. Zl. Der Stand der ausländischen Gelder verringerte sich um 0.9 Mill. Zl auf 12.4 Mill. Zl. Die Summe der eingeräumten Kredite nahm um 55.8 Mill. Zl zu und beträgt 741.4 Mill. Zl, wobei der Wechselbestand um 45.6 Mill. Zl auf 679.8 Mill. Zl gestiegen ist.

Saatenstand in Polen

Nach dem Bericht des polnischen Statistischen Hauptamtes war der Stand der Saaten in Polen am 15. Juni im allgemeinen als günstig anzusehen. Im Vergleich zum Bericht vom 1. Juni konnte eine weitere Verbesserung des Winterroggens und der Kartoffeln beobachtet

Erhöhter Jahresumsatz im deutsch-polnischen Warenverkehr

Zum Abschluß der Wirtschaftsverhandlungen

Das bemerkenswerteste Ergebnis der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen ist darin zu erblicken dass sie über das ursprüngliche Ziel der Eingliederung Oesterreichs in die Wirtschaftsabmachungen Polens mit dem Altreich hinaus zum Abschluss eines neuen Gesamtvertragswerkes unter wesentlicher Ausdehnung der Jahresumsätze geführt haben.

Ueber die wichtigsten Bestimmungen des neuen Vertrages erfahren wir folgende Einzelheiten.

Die Struktur des Wirtschaftsverkehrs wird grundsätzlich die gleiche bleiben, wie nach dem alten deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen. Auch im Verrechnungsverkehr treten keine grundsätzlichen Änderungen ein. Der Jahresumsatz ist beiderseits auf 260 Mill. Zl festgelegt worden, ist also höher als die Summe der bisherigen Umsätze mit dem Altreich und mit Oesterreich.

werden. Bei den übrigen Getreidearten trat kaum eine Veränderung ein. Die Witterungsverhältnisse waren im allgemeinen günstig, da Wärme und Regen abwechselten. In den Ostgebieten wurde über Trockenheit geklagt, und in den Wojewodschaften Wilna und Nowogródek wird der Stand infolgedessen als unter Mittel angegeben.

Verlängerung des Exportabkommens der polnischen Eisenhütten

In einer Sitzung der Vertreter des Ausfuhrverbandes der polnischen Eisenhütten wurde beschlossen, das Ausfuhrabkommen bis Ende Dezember 1941 zu verlängern. Ebenso wurde bis zum gleichen Zeitpunkt der Kommissionsvertrag der einzelnen Eisenhütten mit der pol-

Das Jahreskontingent der polnischen Holzausfuhr nach Deutschland, das nach dem Abkommen mit dem Altreich 38 Mill. Zl betragen hat, ist auf 42 Mill. Zl erhöht worden. Das ist insofern bemerkenswert, als das Reich in dem Lande Oesterreich eine starke Eigenproduktion an Holz erhalten hat.

Umgekehrt sind die Kontingente für deutsche Fertigerzeugnisse, z. B. Automobile, Motorräder, eine ganze Reihe von Maschinen, Chemikalien usw. erhöht worden.

Litauisch-polnische Wirtschaftsverhandlungen

Wie von unterrichteter Seite verlautet, soll es sich bei den am 12. Juli in Warschau beginnenden polnisch-litauischen Verhandlungen über den Abschluss eines Handelsabkommens zunächst um Vorbesprechungen handeln, da vor dem endgültigen Abschluss des Abkommens noch grosse Vorarbeiten zu leisten sind.

nischen Eisenexport G.m.b.H. in Kattowitz verlängert. Die Verlängerung dieser Verträge sowie der Vereinbarungen zwischen den polnischen und deutschen Eisenhütten auf Grund des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens bis Ende Februar 1941 und der internationalen Eisenkartelle bis Ende 1940 gewährleistet für die polnischen Eisenhütten die Ausfuhr für die nächsten zweieinhalb Jahre.

Behauptete Frachtenlage der polnischen Holzausfuhr nach der Schweiz

Der für die Holzausfuhr aus Polen nach der Schweiz gültige Durchfuhr-Ausnahmetarif D III, der im Durchgangsverkehr über deutsche Reichsbahnstrecken auf deutsch-polnischen Grenzübergangspunkten nach deutsch-schweizerischen Grenzübergangspunkten besonders ermässigte Frachten gewährt, ist von der geschäftsführenden Reichsbahndirektion Breslau hinsichtlich seiner Gültigkeitsdauer unter dem Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bis zum 31. 12. 1938 verlängert worden.

Börsen und Märkte

Posener Effekten-Börse

vom 7. Juli 1938

Table with 2 columns: Instrument and Price. Includes items like 5% Staatl. Konvert.-Anleihe, 4% Prämien-Dollar-Anleihe, 4% Obligationen der Stadt Posen, etc.

Warschauer Börse

Warschau, 6. Juli 1938

Rentenmarkt: Die Stimmung war sowohl in den Staatspapieren als auch in den Privatpapieren fester. Es notierten: 3proz. Prämien-Invest.-Anleihe I. Em. 82.50, 4proz. Prämien-Dollar-Anleihe

Polnisch-litauisches Flössereiabkommen

Nachdem das am 14. Mai in Kauen zwischen Litauen und Polen abgeschlossene Flussverkehrsabkommen ratifiziert worden ist, werden die Vorbereitungen zur Aufnahme des Verkehrs auf den Wasserwegen zwischen Litauen und Polen in Angriff genommen.

Getreide-Märkte

Posen, 7. Juli 1938. Amtliche Notierungen für 100 kg in Zloty frei Station Poznan.

Table with 2 columns: Grain type and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Braugerste, Weizenmehl, Roggenmehl, etc.

Gesamtumsatz: 1019 t, davon Roggen 280 t, Weizen 185 t, Gerste 75 t, Hafer 35 t, Müllereiprodukte 384 t, Samen 59 t.

Bromberg, 6. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Wagon Bromberg. Richtpreise: Standardweizen I 25.75-26.25, Standardweizen II 24.75-25.25, Roggen 22.50-22.75, etc.

Warschau, 6. Juli. Amtliche Notierungen der Getreide- und Warenbörse für 100 kg im Grosshandel frei Wagon Warschau: Rotweizen 27.50-28, Einheitsweizen 27.50 bis 28.00, Sammelweizen 27.00-27.50, Standardroggen I 21.75 bis 22.25, Standardgerste I 18 bis 18.25, Standardgerste II 17.50-17.75, etc.

Amtliche Devisenkurse

Table with 4 columns: City, 6.7. Geld, 6.7. Brief, 5.7. Geld, 5.7. Brief. Includes cities like Amsterdam, Berlin, Brüssel, Kopenhagen, London, New York, Paris, Prag, Italien, Oslo, Stockholm, Danzig, Zürich, Montreal, Wien.

1 Gramm Fein gold = 59244 Zl.

